

NPD und Kommunalpolitik in NRW

Recherche eines jungen Praktikanten bei der Fraktion LINKE/DKP/AUF in Essen Juli 2009

Die NPD- NRW hat eine eigene Seite mit dem Titel „Ausländerstopp“. Dort wird propagiert die Parallelgesellschaften zu zerstören, da Gemeinschaft nur Gemeinsamkeiten voraussetzen würde. Sie fordern auch die Lebensqualität zu sichern und sagen ein „Nein zur Islamisierung und Überfremdung Deutschlands“. Um nach eigenen Angaben zu verhindern das die Deutschen „Fremde im eigenen Land“ würden, sollte es eine Ausländerrückführung geben. Sie gehen auch wieder auf die sogenannte Kriminelle Gewalt von jungen Ausländern ein. In dem weitem Teil auf der Internetseite gehen sie daran ihre Positionen mit Daten zu begründen. Das beliebteste Thema ist wieder die „Ausländerkriminalität“. Diese Internetseite ist Sprachrohr der landesweiten Kampagne der NPD, welche bis dato anhält. Sie wird seit 2008 geführt.

Quelle: <http://www.auslaenderstopp-nrw.de/>

Der Kreisverband der NPD in Essen präsentiert kein Wahlprogramm für die Kommunalwahlen, stattdessen wird das bundesweite Wahlprogramm der NPD aufgelistet. Die Themen auf den Flugblättern beinhalten auch wieder diverse Themen, bei denen aber hauptsächlich auf Ausländerfeindlichkeit zurückgegriffen wird. Wahlsprüche wie „Arbeit zuerst für Deutsche“ oder „Heimreise statt Einreise“. Diese Slogans sind identisch mit denen auf Bundesebene. Dabei gibt es auch Slogans die schon in vergangenen Wahlen benutzt wurden, wie „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“. Dies zeigt auch, dass die NPD in Essen kein konkretes Kommunalpolitisches Vorhaben hat.

Quelle: <http://www.npd-essen.de/>

Die Landes NPD in NRW hat zu den Kommunalwahlen ein Rahmenprogramm vorgestellt, welches Grundlage für die Kommunalpolitik sein kann. Dieses wurde am 23.4.2009 veröffentlicht vom Landesverband. Als Themen werden aufgelistet Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Familie, Bildung, Ausländer, Gemeinde- und Stadtentwicklung/ Innere Sicherheit, Bürgerentscheide und Gebietsreformen. Im Vorwort stellt der Landesvorsitzende der NPD Claus Cremer das Programm vor. Motto des Programms sei „Arbeit, Familie, Heimat“. Die Kommunalpolitik der letzten Jahre fassen sie zusammen als Massenarbeitslosigkeit, Überfremdung, sozialer Niederschlag und als eine Ellenbogengesellschaft die an der Wirtschaft ausgerichtet ist. Im nächsten Teil des Programms werden die „Grundsätze nationaldemokratischer Kommunalpolitik“ vorgestellt. Diese werden zusammengefasst als Kontrolle statt Parteienfilz und Korruption, Gemeinschaft statt Ellenbogengesellschaft und Heimat statt Multikultur. Unter dem ersten Punkt meint die NPD, dass sie nicht mit den anderen Parteien koalieren wird und sich deutlich gegen sie positionieren würde. Unter Punkt zwei will die NPD das die Menschen wieder mehr zusammengeführt werden durch die Teilhabe finanzschwacher Bürger an Sport-, Kultur- und dem Vereinsleben. Jeder Deutsche müsste Zugang zum gemeinschaftlichen Leben in seiner Kommune haben. Unter Punkt drei wird gesagt, dass das „Bestreben nationaldemokratischer Kommunalpolitik ist es, der deutschen Bevölkerung wieder Rahmenbedingungen zu ermöglichen, so dass sie sich in ihrer eigenen Heimat wieder wohlfühlt. Heimat darf nicht mehr länger nur eine Worthülse sein, sondern muss wieder mit Sinn und Leben gefüllt werden. Der Erhalt der deutschen Identität muss Leitziel und Bestandteil kommunalen Wirkens sein“.

Bei Arbeit und Wirtschaft nennen sie den Begriff der „raumorientierten Volkswirtschaft“. Ausführlich wird der Begriff aber nicht ausgeführt. Ihr Programm stellen sie wie folgt vor, dass die NPD sich auf Kommunalen Ebene stark machen wird für:

- „ein regionaler Wirtschaftskreislauf entwickelt. Dieses soll dadurch geschehen, dass sich ein „kommunaler Wirtschaftsband“ gründet, der die Vernetzung und Kontaktaufnahme der heimischen Geschäftsleute vorantreibt, so daß vermehrt regionale Produkte gekauft werden. Dieses kann z.B. durch ein örtliches Rabattsystem ermöglicht werden“
- „eine gerechte Gewerbesteuer eingeführt wird. Es kann nicht sein, dass sich Großunternehmen ihrer Steuerpflicht entziehen. Der Anteil der deutschen Arbeitnehmer an der Belegschaft eines Unternehmens muss bei der Zumessung der Gewerbesteuer berücksichtigt werden“
- bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Unternehmen des heimischen Mittelstands besonders berücksichtigt werden.
- einheimische Gewerbetreibende keine Wochenmarktgebühren entrichten müssen.
- sich der bürokratische Aufwand bei einer Unternehmensgründung erheblich reduziert.
- Geschäfte des sogenannten „Cross-Border-Leasing“ generell zu untersagen und rückgängig zu machen sind. Ebenso haben Spekulationen mit öffentlichen Geldern zu unterbleiben
- die Arbeitsagenturen bevorzugt deutsche Arbeitnehmer bei der Arbeitsplatzvergabe und Qualifizierung vermitteln. Öffentliche Verwaltungen und Kommunalbetriebe haben ausschließlich Deutsche einzustellen

Bei „Soziales“ wird auf die Armut durch Hartz Vier eingegangen. Als Maßnahmen im sozialpolitischen Bereich nennt die NPD:

- Einführung eines „Gemeinde- oder Stadtpaßes“ für einkommensschwache oder kinderreiche Familien. Mit diesem Paß können die Inhaber günstiger mit dem ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) fahren, Freizeit- und Kultureinrichtungen besuchen und Zuschüsse, z.B. für Klassenfahrten, erhalten
- Abschaffung der 1-Euro-Lohnklaverei auf kommunaler Ebene
- Schaffung und Erhaltung kostengünstigen Wohnraumes für einkommensschwache Landsleute
- Die Privatisierung des Pflegewesens wird von nationaldemokratischen Kommunalpolitikern massiv bekämpft. Die Betreuung pflegebedürftiger Landsleute muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so kann eine menschenwürdige Pflege garantiert werden.
Familie

Beim Thema Familie wird darauf eingegangen, dass die Familie „Keimzelle jeder Gemeinschaft“ ist und die „multikulturelle Spaßgesellschaft es aber als Auslaufmodell sieht“. Als Maßnahmen in diesem Bereich wird genannt, dass jeder kinderreichen deutschen Familie kostengünstiger Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss. Kommunale Flächen sollten wo möglich für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung gestellt werden. Eine Garantie für einen wohnraumnahen Kindergartenplatz für deutsche Kinder ab 3 Jahren. Deutsche Kinder

sind bei der Vergabe von Plätzen zu bevorzugen. Ein Ausländeranteil von 5% in einer Kindergartengruppe darf nicht überschritten werden, Errichtung weiterer öffentlicher Spielmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und 1.000 Euro Begrüßungsgeld für jedes neugeborene deutsche Kind.

Die Jugend wird als zusehends verkommt angesehen, welche nur noch „abhängen“. Forderung der NPD hier ist die Schaffung der Stelle eines städtischen Jugendbeauftragten, der die Aufgaben der kommunalen Jugendarbeit organisiert und koordiniert, Selbstverwaltete Veranstaltungen von Jugendlichen, damit diese lernen eigenständig zu organisieren, Eröffnung weiterer Jugendzentren mit einem sinnstiftenden kulturellen Programm etc. Dies alles soll dazu dienen „Die vorgenannten Maßnahmen sollten die Liebe der Jugendlichen zu Volk, Heimat und Natur wecken und fördern“.

Beim Thema Bildung erkennt die NPD die Bildungsmisere im Land an. Es wird auf das sinkende Bildungsniveau verwiesen. Dieses Themenfeld ist auch der längste Abschnitt mit Forderungen und Maßnahmen seitens der NPD. Genannt werden u.a „die vorzeitige Sprachförderung deutscher Kinder. Die Kommunen haben dafür zu sorgen, dass Kinder bereits im Kindergarten über ausreichende Sprachfähigkeiten verfügen, um den schulischen Bildungsprozess bewältigen zu können. Daher muß schon im Kindergarten geeignetes Personal eingestellt werden, welches nur für die Sprachförderung der Kinder zuständig sind“, „Gesamtschulen müssen wieder abgeschafft werden. Die NPD bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem. Sie setzt sich für die Abschaffung der Gesamtschule und Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des dreigliedrigen Schulsystems ein. Das Angebot an Ganztagschulen ist nach Bedarf zu gestalten, um Alleinerziehende und Doppelverdienern zu entlasten. Diese dürfen jedoch nicht zu Verwahranstalten verkommen. Der Nachmittagsunterricht sollte vorwiegend jene Inhalte vermitteln, die nicht Gegenstand des Rahmenlehrplans sind. Das heißt beispielsweise Heimat- und Naturkunde, Vermittlung von Gesundheits- und Ernährungsbewußtsein, Sport und Brauchtumpflege, sowie eine individuelle Hausaufgabenbetreuung“, Getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder. Dies hätte den Vorteil, dass die ausländischen Kinder in muttersprachlichen Unterricht bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben und auch die deutschen Kinder in ihrer Lernentwicklung nicht behindert werden. Gleichzeitig könnten die Ausländerkinder so die spätere Rückführung in ihre Heimatländer besser verarbeiten und dort zu Leistungsträgern werden. Eine Zwangsintegration auf Kosten der schulischen Entwicklung darf es nicht geben“.

Beim Thema „Ausländer“ wird wieder einmal hervorgehoben das nun mehr 25% der Bevölkerung NRWs Ausländische Wurzeln hätte und in vielen Stadtteilen die deutschen zur Minderheit geworden wären. Ihre Forderungen hier sind „Abschaffung aller Ausländerbeiräte in den Kommunen. Wir brauchen kein Gremium das sich für die Interessen der Ausländer einsetzt. Wir lehnen die „Integration“ der hier lebenden Ausländer ab, da diese ihre kulturelle Identität behalten sollen, um so eine Rückführung in ihre Heimatländer zu vereinfachen“, „Streichung jeglicher Förderung für Integrationsprojekte“, „Keine Moscheebauten in unseren Städten und Gemeinden. Wer baut will bleiben! Bei aller Achtung vor der islamischen Religion treten wir Nationaldemokraten der immer weiter voranschreitenden Islamisierung unserer Heimat entschieden entgegen“ und in jeder Kommune ist die Stelle eines Ausländerrückführungsbeauftragten zu schaffen, der bei Ausreiseformalitäten behilflich ist.

Bei den Themenfeldern Gemeinde/ Stadtentwicklung/ Innere Sicherheit fordert die NPD u.a „Verantwortliches Haushalten! Sparsamkeit und Realitätssinn müssen die Meßlatte für städtische Investitionen sein. Die Verbesserung der Lebensqualität muß Vorrang

vor finanzgewaltigen Prestigeprojekten haben. Eine hohe Gemeindeverschuldung muss mit Augenmaß verhindert werden“, „das mehr Polizeifußstreifen eingesetzt werden, welche dem Bürger ein zusätzliches Sicherheitsgefühl vermitteln“, „Sofortige Ausweisung aller kriminell gewordenen Ausländer in ihre Heimatländer“ und „Präventivmaßnahmen der Kommune an sozialen und kriminalitätsintensiven Brennpunkten“.

Die NPD hat auch als Forderung die Absenkung der Hürden für Bürgerentscheide. Bei Gebietsreformen vertritt die NPD die Politik, dass jedes Dorf und jede Stadt in ihrer Eigenständigkeit unterstützt werden soll.

Quelle: <http://www.npd-nrw.de/>.